





Letzte Telegramme.

Die Budgetkommission in Bitterfeld. Berlin, 15. Jan. Die verklärte Budgetkommission des Abgeordnetenhauses begab sich gestern vormittag nach Anhalter Bahnhof in einem Sonderzug nach Bitterfeld, um dort die elektrische Zuführung auf der Strecke kennen zu lernen.

Das Ende des Schachturnierens. Berlin, 15. Jan. Das Schachturnier hat letzte Witternacht sein Ende gefunden. Das Resultat ist folgendes: Sieger: Carl-Siff, 2. Stol-Miquel, 3. Lorenz-Salomo, 4. Stellbrink-Rotfelten.

Nach dem Kreisgeschäftspl. Sofia, 14. Jan. Der Kaiser hat die Minister werden heute mitternacht nach Sofia abreisen, wo sie mit General Samov und den Mandatanten der vier bulgarischen Armeen zusammentreffen werden.

Konstantinopel, 15. Jan. Die Regierung scheint auf die Einberufung einer Nationalversammlung zu verzichten, da die Beschlüsse dieser Versammlung für die Regierung bindend sein würden.

Börsen- und Handelsteil.

Vorstand-Gesellschaft. In der Generalversammlung, welche die Dividende auf 3 Prozent festsetzte, wurde von der Verwaltung für das neue Geschäftsjahr einjähriger Betriebsrechnung in Aussicht gestellt.

Produkten- und Warenmärkte.

Table with market data for Berlin, including prices for wheat, rye, and other grains. Columns include item names and prices per unit.

Table with market data for Berlin, including prices for various types of flour and other products. Columns include item names and prices.

Table with market data for Berlin, including prices for oil, sugar, and other commodities. Columns include item names and prices.

Table with market data for Berlin, including prices for various types of meat and other goods. Columns include item names and prices.

(Wittgenstein von der Verfassung des Reiches... Berlin, 15. Jan. Die Verfassung des Reiches...

Magdeburg, 14. Januar. Bismarck-Restaurant und -Küche... netto Kaffe 25,25-25,76 Wk. Tendenz: fest.

Hamburg, 14. Januar. Spiritus-Restaurant... netto Kaffe 25,25-25,76 Wk. Tendenz: fest.

Wien, 14. Januar. Spiritus-Restaurant... netto Kaffe 25,25-25,76 Wk. Tendenz: fest.

Wien, 14. Januar. Spiritus-Restaurant... netto Kaffe 25,25-25,76 Wk. Tendenz: fest.

Wien, 14. Januar. Spiritus-Restaurant... netto Kaffe 25,25-25,76 Wk. Tendenz: fest.

Wien, 14. Januar. Spiritus-Restaurant... netto Kaffe 25,25-25,76 Wk. Tendenz: fest.

Wien, 14. Januar. Spiritus-Restaurant... netto Kaffe 25,25-25,76 Wk. Tendenz: fest.

Wien, 14. Januar. Spiritus-Restaurant... netto Kaffe 25,25-25,76 Wk. Tendenz: fest.

Wien, 14. Januar. Spiritus-Restaurant... netto Kaffe 25,25-25,76 Wk. Tendenz: fest.

Wien, 14. Januar. Spiritus-Restaurant... netto Kaffe 25,25-25,76 Wk. Tendenz: fest.

Wien, 14. Januar. Spiritus-Restaurant... netto Kaffe 25,25-25,76 Wk. Tendenz: fest.

nach bezüglicher Anweisung aller therapeutischen Mittel... nach dem Verlauf der Krankheit...

Schnee. Was ist nun alles heiß und süß... Lieber leuchtend heller Schnee...

Die im Märchenlande... Scherz geübt die weiten Wälder...

Hebräisch-reiner Schimmer... Weisheit sich vor unserm Blick...

Die 3. kommunale Bezirksvereine... Der Vorsteher des Bezirks...

Die 3. kommunale Bezirksvereine... Der Vorsteher des Bezirks...

Die 3. kommunale Bezirksvereine... Der Vorsteher des Bezirks...

Die 3. kommunale Bezirksvereine... Der Vorsteher des Bezirks...

Die 3. kommunale Bezirksvereine... Der Vorsteher des Bezirks...

Die 3. kommunale Bezirksvereine... Der Vorsteher des Bezirks...

Die 3. kommunale Bezirksvereine... Der Vorsteher des Bezirks...

Die 3. kommunale Bezirksvereine... Der Vorsteher des Bezirks...

Die 3. kommunale Bezirksvereine... Der Vorsteher des Bezirks...

Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) Filiale Halle a. S.

Aktienkapital und Reserven: 192 Millionen Mark.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

DFG



Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 14. Januar 1913.

am Bundesratspräsidenten: Dr. Caspar, Dr. Remald, Wahnschaffe.  
Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung um 1 Uhr 5 Minuten.

Frage Anträge.

Hg. Schmidt-Berlin (Soz.) fragte an, ob der Bundesrat beschließliche die Ausschreibungslösungen für die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen in Glashütten, insbesondere die Erlaubnis zur Nachtarbeit, anzuhängen.

Ministerialdirektor Dr. Caspar: Ein derartiger Entwurf liegt dem Bundesrat vor. Dessenfalls zufolge sollen in Zukunft jugendliche zur Nachtzeit nicht mehr beschäftigt werden.

Hg. Dr. Müller-Meinungen (Fortf. v. Spt.) fragte: Ist es richtig, daß eine Veränderung mit der römischen Kurie über die Befreiung von Zehnten der physischen Einkommen an der Universität Straßburg i. El. nach konfessionellen Rücksichten besteht?

Ministerialdirektor Dr. Remald: Das betreffende Übereinkommen ist im Jahre 1902 im Reichsanzeiger veröffentlicht worden. (Geleitet.) Der Wirkungskreis des Professorensitzes gegenüber dem des bürgerlichen Gemeinrats abgegrenzt. Die gleiche Praxis besteht auch an anderen Universitäten. Anlaß zur Änderung dieser Praxis besteht nicht.

Hg. Senke (Soz.) fragte, ob Verhandlungen mit dem Norddeutschen Lloyd wegen des im Jahre 1914 ablaufenden Subventionvertrages begonnen haben, und ob beschlüsselt ist, die Verhandlungen auch auf andere Reedereien auszuweiten.

Ministerialdirektor v. Jonaides: Bis jetzt hat mit dem Norddeutschen Lloyd nur eine unverbindliche Aussprache stattgefunden. Ob demnächst die Verhandlungen auch auf andere Reedereien auszuweiten sind, läßt sich zur Zeit nicht übersehen.

Hg. Dr. Thoma (Nat.) fragte, ob die bayerische Regierung ihre Gehaltslisten zur Mitarbeit an der bayerischen Staatszeitung heranzuziehen beschließt, und ob Vorlage getroffen ist, daß Fragen der Reichspolitik in jenem offiziellen Presseunternehmen nur in Einvernehmen mit dem verantwortlichen Leiter der Reichspolitik behandelt würden?

Hg. Legationsrat Lehmann: Der erste Teil der Frage ist mit Ja zu beantworten (Geleitet im Zentrum), der zweite Teil mit Ja (Große Mehrheit).

Hg. Dr. Müller-Meinungen (Fortf. v. Spt.) fragte, ob Eiderstedt geschlossen ist, daß eine Verlegung der Konzepte durch die Konfessionierung fremder Firmen in Zukunft ausgeschlossen ist.

Hg. Legationsrat Lehmann: Die Maßnahmen der bayerischen Regierung lassen erkennen, daß sie bemüht ist, sich im Rahmen der Bestimmungen der Konzepte zu halten. Auch in Zukunft werden die Rechte der Eingetragenen in lokaler Weise durchgesetzt werden.

Hg. Erzberger (Ztr.) fragte wegen Kaufmannskonten im Baltikangebiet.

Hg. Legationsrat Lehmann: Bis zu welchem Grade die Gerichte auf Baltischen Bankkonten, insbesondere die Auslieferung irregulärer Banknoten zur Verfügung, läßt sich von hier aus nicht übersehen. (Rufen.) Die deutsche Regierung hat sich stets an die zur Abhilfe berufenen Regierungen gewandt und darauf hinzuwirken gesucht, daß belagerten Übergrößen vorgebeugt wurde.

Darauf wurde die zweite Lesung des Etats (Reichsamt des Innern) fortgesetzt.

Zum Titel „Gesamt des Staatssekretärs“ lagen bisher 7 Resolutionen vor.

Hg. Dr. Mayer-Rauhenstein (Ztr.): Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands im vorangehenden Jahre zeigt eine günstige Aufwärtsbewegung. In der Außenhandels hat es auf eine Gesamtwertung von 18 bis 19 Milliarden Mark gebracht und ein ähnliches erfreuliches Bild zeigt die Entwicklung unseres Innenhandels. Im Vergleich zu der Lage des Weltmarktes in letzter Zeit, der besonders hart unter der Kreditinflation und der Kriegsurstürmung litt, kann man das Jahr 1912 als das Jahr der Kontrakte bezeichnen. Wir billigen die Tendenz der Reichsamt, weiteres Gold aus dem Verkehr zu ziehen und für sich zu reservieren. Als Grundlage für die neuen Handelsverträge sollte eine Produktionskostistik vorgelegt werden. Ich bitte die Regierung um Auskunft, wie weit diese Statistik gediehen ist. Ohne näher auf Fragen der inneren Politik einzugehen, will ich doch die Ausführungen des Hg. Bisher zurückweisen, die er gegen die katholische Kirche und deren Oberhaupt gemacht hat. Sie zeigen eine Unkenntnis der Verhältnisse und seinen und seiner Partei maßlos nach gegen Kirche und Christentum. (Rufen.) Sehr richtig! (im Zentr.) Die katholischen Arbeiter lehnen Herrn Bisher als ihren Vorgesetzten in kirchlichen und sozialen Dingen ab. Sie werden die Antwort bei den Vätern geben. (Beifall im Zentrum.)

Hg. Reich (Nat.): Gesetzgeberische Maßnahmen gegen die Verschwendung von Geldern durch Kleinkunde und gegen Nachzahlung ausländischen Kaufens sind dringend notwendig. Das Zentrum bemüht sich, den Kaufmannstand konfessionell einzugliedern. Diese Partei, der es nur auf konfessionelle Spaltung ankommt, hat nicht das Recht, sich Mittelstandspartei zu nennen. Das Konfessionsgesetz und die Umänderung der Zensurgesetze heranzuziehen. Weitere Maßnahmen im Interesse des Mittelstandes sind dringend notwendig; so müssen die Wanderlager ganz verboten werden. Auch gegen das Vorkommen sind Maßnahmen dringender nötig.

Hg. Graf Westarp (Zentr.): Hg. Bisher hat hier ein Schreiben verlesen, das vom Staatssekretär stammt und geschlossen und zu verärrerlichen Zwecken benutzt worden ist. Der Protest des Staatssekretärs war vollkommen berechtigt. (Rufen.) (Vom bei den Soz.) Der Bisher ist nicht besser als der Täter. (Zuruf bei den Soz.) (Vollzeipräsidium.) Wir bitten den Staatssekretär in diesem Falle energisch vorzugehen und Vorlesung zu treffen, daß in Zukunft etwas derartiges nicht vorkommen kann. Ich behaupte, daß der Präsident gegen den Hg. Bisher nicht eingegriffen ist, daß der Präsident gegen den Hg. Bisher nicht das Recht, die Tätigkeit des während der Rede des Hg. Bisher amtierenden Vizepräsidenten in dieser Weise zu trüffeln.

Hg. Graf Westarp (Zentr.) fortsetzend: Anstelle unserer alten Resolution für einen besseren Schutz der Arbeitswilligen beschreiben wir uns heute mit der Forderung eines Verbots des Streikpostens. Wenn die Frage der persönlichen Freiheit erst bei der allgemeinen Revision des Strafgesetzbuchs geregelt werden soll, so müssen die Arbeitswilligen mindestens bis zum Jahre 1917 auf den ihnen verprochenen Schutz warten. Auch unserer Ansicht ist über die Sache nicht zu erörtern. Die Ausführungen im Jahre hinausgeschoben werden dürfen. Die Ausführungen bei Arbeitsverträgen sind wohl durchweg auf das Streikpostensverbot zurückzuführen. Für stärkere Maßnahmen gegen das Streikpostensverbot haben sich auch die Organisationen der unterständlichen Arbeiterverbände, der Zentralverband Deutscher

Industrieller, der Bund der Industriellen, der Landbau und der Deutsche Handwerksverband ausgesprochen. Auch viele Vereine von Handwerkskammern seien, das ist nach dem Folgenden bezeugt. Es ist ein schweres Verbrechen der Regierung, daß derartige Maßnahmen eintreten konnten. Wir können die Verantwortung nicht übernehmen, deshalb haben wir unsere Resolution eingebracht. Das von uns verlangte Gesetz ist kein Ausnahmengesetz; als solches ist vielmehr das Reichsverfassungsgesetz anzusehen, das nur Arbeitern zugute kommt. (Rufen bei den Soz.) Auf die Unterlegung der Fortschrittlichen Volkspartei werden wir nicht rechnen können, denn die Herren sind konfessionell verpflichtet, nichts zu tun, was der Sozialdemokratie unangenehm wäre. Das Jener Stichwahlabkommen, durch das die Wahlfreiheit unter die Freistimmigen und Sozialdemokraten verteilt wurde und in dem die Dämpfung im Wahlkampf ausgedrückt wurde, hindert die Herren daran. (Rufen.)

Vizepräsident Dr. Paasche bittet die Ausführungen möglichst abzukürzen.

Hg. Graf Westarp (Zentr.): Das Stichwahlabkommen hat die erste Seite, daß die Sozialdemokratie der Hauptvorteil zugesellen ist und daß die Fortschrittliche Volkspartei aus der Gemeinschaft der bürgerlichen Parteien damit hat auscheiden müssen. Zwischen uns und der Sozialdemokratie besteht eine unüberbrückbare Kluft. Eine Regierung, die auch nur in einem Punkt der Sozialdemokratie nachgibt, handelt befehllos. (Beifall rechts.) Wir bitten den Reichsanwalt mit aller Schärfe daran festzuhalten, daß ein Stichwahlabkommen niemals wieder sein kann.

Hg. Dr. Müller-Meinungen (Fortf. v. Spt.): Während des ersten Teils der Ausführungen des Hg. Westarp haben seine Parteifreunde geschlafen. (Lachen des Vizepräsidenten Dowe.) Sie dürfen nicht das Verhalten des Hauses einer Kritik unterziehen, wenn es sich nicht in Geräußen äußert. (Schallende Geleitet.) Niemand ist ungeladener dazu, der Fortschrittlichen Volkspartei eine solche Vorlesung zu halten, wie Graf Westarp. Ohne sie würde er nicht hier im Hause sitzen. In Zukunft hat er nicht auf uns zu rechnen. (Lachen rechts.) Warum sprach Graf Westarp nicht vom Gehilfen nachdem oder davon, daß die Konservativen mehrere Sitze den Sozialdemokraten ausbelehrt haben. Wir machen unsere Stellung in großen nationalen Fragen nicht abhängig von Parteifreunden einzelner Parteien. Wir gehen auf den Gehilfen nachdem ein. (Schallende Geleitet im Zentrum.) Das geht aus dem Abstimmungsprotokoll über die Schwarzfragen hervor. Deshalb hat Graf Westarp nichts gegen die Förderung des französischen Chauvinismus durch den Hg. Westarp gesagt? Doch schließlich aus Fremdschick gegen das Zentrum, während alle Parteien sich in der Beurteilung dieses Vorgehens einig sind. (Rufen.) Bravo! und großer Rufen.) Die Konservativen sind weiter nichts als die Schildepantler des Zentrums. (Schallende Geleitet.) Staatssekretär Dr. Delbrück sollte sich einmal ergehen über sein Wahlmännchen-Botum näher äußern. Sind die Erregungen über die Beschäftigung jugendlicher Personen in der Landwirtschaft immer noch nicht abgeschlossen? Wenn die Regierung weiter in so tendenziöser Weise in dem Streit der Kräfte mit den Frankfurter gegen die Kräfte vorgeht, so braucht sie sich nicht darüber zu wundern, daß die Kräfte von größtem Mißtrauen erfüllt sind. Die Forderung nach einer Reform des preussischen Wahlrechts muß dringender wiederholt werden. Wenn der jetzige Prinzregent von Bayern für ein liberales Wahlrecht eingetreten ist, dann sollte ein derartiges Wahlrecht auch für Preußen nicht staatsgefährlich erscheinen. Einer neuen Justizhausvorlage vermögen wir nicht auszuweichen. Innerer Interpellationen über die Anwendung des Vereins- und Versammlungsrechts werden sich so lange mehrzählen, bis die Minderheit aufhört zu sprechen. Eine Reform des Konfessionsgesetzes namentlich für die Weimarer, ist dringender als die Unterdrückung jeder Selbständigkeit in sozialpolitischen Dingen. Dadurch wird der konfessionelle Friede unter der deutschen Arbeiterchaft auf schwerste gefährdet. Alle Kräfte der Kurie sind nur auf eine Sprengung des deutschen Volkes gerichtet. Schon sind derartige Versuche auch bei der letzten Kurie, beim Eichlerstrasse, gemacht worden. Und die Regierung treibt diesen Versuchungen gegenüber eine Einigungslosigkeit, die nicht haltbar und nicht weis. In verächtlichen sozialpolitischen Fragen sind wir nicht zurückgekommen. Wir werden auch in Zukunft an der Erhaltung des politischen und konfessionellen Friedens aller Stände mitarbeiten. (Beifall bei der Fortf. v. Spt.)

Hg. v. Morawski (Zentr.): Angeht die politische Unterdrückung der Polen in Preußen nicht unbedingt eine Stelle im Reich geschaffen werden, bei der die Polen sich ihr Recht suchen könnten. Aus, die ganz neutralen landwirtschaftlichen politischen Vereine werden neuerdings bedrückt.

Hg. Dr. Lauer-Franzfurt (Soz.): Dieser Reichstag und dieser Angebots ist die unzulängliche Gewährung des Einigungsung des Reichstages, das eine weitere Befreiung der Konfessionsfreiheit für die deutschen Arbeiter zu verlangen. Das Zentrum markiert immer mit, wenn es auf, dem Volke das Reich und den Kräfte zu verteidern. In der Reichstagskommission hat das nationalliberale Mitglied alle Maßnahmen, die zur Verbilligung des Reiches dienen sollen, zu Fall gebracht. Die Konservativen müßten die deutsche Arbeiterchaft an Händen und Füßen fesseln, damit sie wehrlos den großen Unternehmer-Organisationen gegenübersteht. Und doch sollte man vor der Arbeiterchaft den Hut ziehen, die nur aus rein sittlichen, ethischen Motiven in eine Lohnbewegung treten und im Vorhinein den Streit proklamieren. Auch in den verlassenen Dörfern haben wir es mit einem willigen Bißler der Sozialpolitik zu tun. Niemand denkt daran, die schreiendsten Mißstände zu beistellen. Das Reichstagsgesetz ist im Interesse der Völkerverständigung dringend nötig.

Hg. v. Weidung (Welfe): Die Anzeiung unserer nationalen Stimmung durch den Hg. Müller-Meinungen empfinden wir als eine schwere Verleumdung.

Weiterberatung: Mittwoch 1 Uhr. Präsident Kaempf teilt mit, daß über die konfessionelle Resolution, betreffend das Streikpostensgesetz, von der Sozialdemokraten namentliche Abstimmung beantragt worden ist.

Schluß 7 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 14. Januar 1913.

Am Ministerpräsidenten: Dr. Senge, Dr. Westarp.  
Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Schwarg eröffnete die Sitzung am 10 Uhr 15 Minuten.

Die erste Beratung des Etats wird fortgesetzt.  
Hg. Dr. Ledebur (Soz.): Wir haben dem Etat sehr kritisch gegenüber und machen der Finanzverwaltung den Vorwurf, daß die Überschüsse der Betriebsverwaltungen mit dem Schwere der

Armenen durchdringt sind. Die Steuerzuschüsse müssen jedoch wie möglich befristet werden. Die Besteuerung im Reich wird maßvoll sein, aber dann muß man sie aus den Händen der Sozialdemokraten annehmen. Die drei Millionen zur Verfertigung des Unterhaltungsgebäudes sind so verteilt, daß wieder die höheren und mittleren Beamten am besten fortkommen. Die Unterhaltungsgebäude für Staatsarbeiter sind trotz der teuren Zeiten nicht erhöht, und dabei wird das Koalitionsrecht der Beamten und Staatsarbeiter in jeder Weise eingeschränkt. Aus dem gehen im Reichstag von dem Hg. Bisher der wichtigsten Schriftwechsel zwischen der Reichsregierung und dem Minister des Innern geht hervor, daß im Ministerium des Innern eine Absicht liegt die Einführung der amtlichen Maßformen befristet. Die Sache sollte geheim bleiben. Wir aber können ein derartiges gemeinschaftliches Verfahren hinter den Kulissen und eine Verschönerung gegen das Volkswort nicht dulden. (Präsident Graf v. Schwerin-Schwarg.) Sie dürfen der Regierung einen derartigen Vorwurf nicht machen, sonst muß ich Sie zur Ordnung rufen.) Das Zentrum hat keine Kritik, sich wegen des Reichtumsgebäudes zu erheben. Als der Handelsminister seine Erklärung über den Streit im Saarrevier gab, muß Herr Junius wie einen besonnenen Vadel zumute gewesen sein. (Präsident Graf v. Schwerin-Schwarg.) Sie dürfen die Verhandlungen mit der Regierung nicht als Verhandlung mit dem Reichstag annehmen. Die Einführung von ausländischem Vieh sollte über den 1. April hinaus verlängert werden.

Hg. v. Armin (Nat.): Wenn der Vorredner sagt, für die Beamten werde zu wenig getan, so weiß ich darauf hin, daß die Besoldungsordnung aus jährlich 200 Millionen mehr kostet. Die Zukunft des Handelsministers über den Streit im Saarrevier halten wir für unangehen. Ich bitte den Finanzminister, alles zu tun, was möglich ist, um den Kurs der Staatspapiere zu heben. Das Sparfaktengesetz billigen wir. Es hat uns überführt, daß die Zentralgenossenschaftskasse die Sparfaktengesetz angewiesen haben soll, erhebliche Summen zur Ultimoaufspeicherung zu verwenden. Das kann nicht die Aufgabe der Sparfaktengesetz sein, daß sie die inneren Relationen nicht wollen. Wir müssen eine intensiver Schuldenbewältigung vornehmen. Mit den Erklärungen des Kultusministers über die Reichtumsgebäude sind wir im allgemeinen unzufrieden. Die Erregung des Grafen Prasanna war vom tatsächlichen Standpunkt aus gerechtfertigt und berechtigt. Ein Bundesrat müßte aber auf die Empfindungen der evangelischen Bevölkerung Rücksicht nehmen. Nehmer wandte sich dann in längeren Ausführungen gegen die Sozialdemokratie und führte aus: Das Stichwahlabkommen zwischen den Freistimmigen und den Sozialdemokraten betrachte ich als das traurigste Ereignis in der inneren Politik seit langer Zeit. In weiten Kreisen des Landes haben sich die Begriffe über die Gemeingefährlichkeit der Sozialdemokratie verbreitet. (Sehr richtig rechts.) Der Nationalinnere Relationen nach dem Hg. Westarp, daß sie im Reichstag der Vizepräsidentenwahl (auf rechts: Beifall.) Ich wünsche, daß die Reichsregierung energischer Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie vorgeht. In weiten Kreisen des Volkes wird ein Befehl zum Schutz der Arbeitswilligen gefordert. Es muß etwas geschehen, damit die Zustände wieder herbeigeführt werden, wo der Druck des Sozialistengesetzes auf der Sozialdemokratie lastete. (Beifall rechts.)

Ministerpräsident Dr. Westarp: Bei der Justizverwaltung besteht die Ansicht, die Zahl der kleinen Amtsgerichte nicht zu vermindern, sondern zu vermehren. Der Bevölkerung des platten Landes soll Gelegenheit gegeben werden, leicht zu den Gerichten zu kommen. Hierbei ist der Gebante maßgebend, daß der Richter der Bevölkerung der Bevölkerung sein soll.

Finanzminister Dr. Senge: Die Vorwürfe des Hg. Dr. Westarp gegen unsere Finanzpolitik sind unbegründet. Er hat keinen Beweis für seine Behauptung erbracht, daß wir eine Verschwendungspolitik zum Schaden des Staates treiben und daß die Kulturverhältnisse zurückgefallen sind. Es ist darüber geflagelt worden, daß wir zu wenig Silbergeld haben. Für das nächste Jahr ist eine umfangreichere Prägung von Silbergeld in Aussicht genommen. In der Beteiligung von Sparfaktoren an der Ultimoaufspeicherung liegt nichts Verhängnisvolles, weil es sich dabei nur um Kaffen handelt, die der Zentralgenossenschaftskasse angehängt sind.

Hg. Dr. Vorhoff (Zentr.): Nachdem der Bundesrat so lange über die Interpretation des Gesetzes beraten hatte, war man auf eine Milderung des Gesetzes gefaßt. Als dann aber die Reichstagskommission kam, wurde eine tiefgehende Erregung des katholischen Volkes kommen. Die bayerische Regierung hat ebenso wie die preussische und sächsische den Begriff der Erbschaftsteuer selbständig interpretiert, dazu war sie formell durchaus berechtigt. Und dadurch soll sie eine Brandfahne in das deutsche Volk geworfen haben! Wir haben nicht daran gedacht, einen Brand zu schüren, sondern wir sind die Angegriffenen. (Beifall im Zentr.)

Kultusminister v. Trott zu Solz: Der Hg. Dr. Vorhoff irrt, wenn er meint, daß in Preußen allmählich eine Änderung der Auffassung über die Bedeutung und Auslegung des Reichtumsgebäudes eingetreten sei. In Preußen ist überhaupt keine allgemeine und erhebliche Anweisung an die Behörden über die Auslegung und Anwendung des Gesetzes ergangen, auch kein Gebot. Bei der Emanation des Gesetzes hat die Auffassung bestanden, daß zur Erbschaftsteuer auch die preussische Erbschaftsteuer, weil der Orden ein preussischer Orden ist. Die religiöse Tätigkeit ist auch in einem Übermaßverwaltungsgerichtskreis festgelegt worden. Die Auslegung des Bundesrats bedeutet keineswegs eine Verschärfung der bisherigen Praxis, sondern nur eine Kodifizierung der bestehenden Verhältnisse.

Hg. Graf Wolke (Zentr.): Ich vernehme: Der antikatolischen Presse wird vielfach ihr Ton und ihre Haltung gegenüber dem katholischen Volk zum Vorwurf gemacht. Entgegenüber ist der Hinweis auf die Haltung des Zentrums bei der Bismarck-Debatte im Reichstag und während des Kulturkampfes angebracht. Katholizismus und Jesuitismus sind nicht, wie vielfach behauptet wird, daselbst zu finden. Wie die Geschichte lehrt, ist es nicht immer so gewesen, denn die Jesuiten gehen weiter als alle anderen katholischen Orden, indem sie die Verpflegung des unbedingten Gehorsams gegen den jeweiligen Papst auf ihre Fahne geschrieben haben. Deshalb kann es vorkommen, daß sie in Gegenwart zu ihren staatsbürgerlichen Pflichten geraten und den Thron gegenüber dem Altar zurücktreten lassen. Es ist anzuerkennen, was die Jesuiten für den Unterricht getan haben. Freilich ist ihre dialektische Methode, die sie ausgebildet haben, nicht zu billigen.

Hg. Dr. Hofmann (Nat.): Wir wünschen, daß auch Privatvereine, die sich der Jugenpflege widmen, vom Staat unterstützt werden. Die Auslegung des Bundesrats über das Reichtumsgebäude bedeutet keine Verschärfung der bisherigen Lage. Das Ministerium der Kultus hat sich auch gegenüber anderen Ministerien recht wenig

